



Dr. Hans-Peter Uhl

Mitglied des Deutschen Bundestages
Innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion

Dr. Hans-Peter Uhl, MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin

An die Mitglieder
der Delegiertenversammlung
im Bundeswahlkreis München-West/Mitte

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 - 72630/1

☎ (030) 227 - 76380

✉ hans-peter.uhl@bundestag.de

Wahlkreis

Nymphenburger Str. 70, 80335 München

☎ (089) 13 93 89 91

☎ (089) 13 93 88 50

✉ hans-peter.uhl@wk.bundestag.de

München, den 1. Oktober 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

in den letzten drei Jahren ist vieles anders gekommen, als wir dies im Wahlkampf 2009 erwartet hatten. Mit voller Wucht hat uns die europäische Staatschuldenkrise in ihren Bann gezogen. Die schwierige Suche nach Lösungen konnte nicht auf Patentrezepte zurückgreifen. Die Vielstimmigkeit der Experten und die Unübersichtlichkeit der Zahlen und Begriffe hat in der Bevölkerung verständlicherweise Misstrauen hervorgerufen. Es sind besonders die Anhänger bürgerlicher Politik, die sich um den Wert unseres Geldes und über mögliche Belastungen für deutsche Steuerzahler sorgen. Doch unser Problem ist, dass wir nur noch auf Fehler reagieren konnten, die vor längerer Zeit begangen worden sind: Griechenland wurde – gegen den Willen der CSU und gegen meine persönliche Stimme – in den Euro aufgenommen; unter Rot-Grün wurde die Schuldenbremse des Maastricht-Vertrags von Deutschland missachtet und aufgeweicht; Banken vergaben zu leichtfertig Kredite; Kontrollen fanden nicht mehr statt etc.

Griechenland ist überschuldet infolge schwerer politischer und moralischer Missstände. Grundsätzlich wäre dies allein das Problem der Griechen und ihrer Gläubiger gewesen. Doch wegen der engen finanziellen Verflechtungen hätte eine ungeordnete Insolvenz bislang schädliche Auswirkungen auf den ganzen Euro-Raum haben können:

- Das Signal an die Finanzmärkte wäre gewesen: Geld privater Investoren ist bei Euro-Staaten nicht mehr sicher. Eine Panik der Anleger hätte schlagartig weitere Länder getroffen: Beinahe alle Regierungen sind von Krediten privater Anleger abhängig. Allein Italien muss jährlich hunderte Milliarden Euro seines Schuldenbergs umwälzen, also Anleihen zurückbezahlen und durch neue ersetzen.
- In der Folge von Staatsinsolvenzen wären wiederum einige Banken in Schieflage geraten. Eine chaotische Verkettung von Staats- und Bankenpleiten quer durch Europa wäre an Deutschland nicht spurlos vorbei gegangen. Durch eine neue Finanzkrise

hätten empfindliche Arbeitsplatz- und Einkommensverluste gedroht. Abgesehen davon hätten wir als EU-Partner bei einer griechischen Staatspleite umfangreiche Not-hilfen leisten müssen.

Natürlich weiß niemand, was genau passiert wäre. Wir haben uns jedenfalls entschieden für staatlich garantierte Rettungskredite. Deutschland haftet dabei mit ca. 50 Mrd. Euro für die beiden Griechenland-Rettungspakete. Zur bitteren Wahrheit gehört, dass eine vollständige Rückzahlung dieser Kredite nach heutigem Stand fraglich erscheint. Wenn Kritiker nun sa-gen, dass man auf die Hilfen hätte einfach verzichten sollen, gelangen sie bequem zu Ap-plaus. Allerdings hätte dies zu Risiken für deutsche Steuerzahler geführt, die weit weniger kalkulierbar gewesen wären. Schließlich ist es erst drei Jahre her, dass uns eine Finanzkrise zweistellige Milliardenbeträge gekostet hat (Bankenrettungen, Steuerausfälle, Kurzarbeiter-geld u.v.m.)

Ob Griechenland seine Probleme im Euro-Raum lösen kann, ist sehr fraglich. Mit oder ohne Griechenland – für die Zukunft des Euro ist es jedenfalls notwendig, dass die Krisenländer die Ursachen der Schuldenkrise bekämpfen: Sie müssen Verschwendung und Steuerhinter-ziehung einen Riegel vorschieben und v.a. ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, also mehr und bessere Waren und Dienstleistungen produzieren und weniger Importgüter auf Pump konsumieren.

Um diesen Prozess durch die Euro-Partner gemeinschaftlich zu unterstützen wurde ein all-gemeiner Rettungsschirm entwickelt, der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (**ESM**):

- 500 Mrd. Euro stehen für Hilfskredite bereit.
- Aber ein Land, das einen Kredit will, muss sich Spar- und Reformauflagen fügen.
- Durch Reformen und zinsgünstige Hilfskredite soll das in Not geratene Empfänger-land seine wirtschaftlichen Probleme überwinden.
- Deutschland hat ein Vetorecht für alle Auszahlungen des ESM.

Es wird also mit dem **ESM kein Selbstbedienungsladen** geschaffen, mit dem ein alter Schlendrian weitergeschleppt werden könnte. Es geht um Hilfe zur Selbsthilfe. Dass die not-wendigen Anpassungen schmerzhaft sind, sehen wir an Fernsehbildern aus Athen und Mad-rid. Aber auf Dauer ist Solidarität mit unseren Partnern in Spanien, Italien und Co. nur mög-lich, wenn dort entsprechende Eigenleistungen erbracht werden. Wir wollen die gemeinsame Währung, aber nicht um jeden Preis.

Eine Schuldenunion durch Eurobonds, die weit weniger kontrollierbar wären als ESM-Kredite, ist strikt abzulehnen. CDU und CSU kämpfen für die Stabilität der Euro-Zone. Aber **wir verhindern eine tollkühne Politik der gemeinsamen Kasse**.

Entweder ein restriktiver Gebrauch des ESM mit CDU/CSU oder eine unkontrollierbare Transferunion (so die Tendenz bei SPD, Grünen, Linkspartei) – das werden die Alternativen für die Bundestagswahl im nächsten Jahr sein.

Im Übrigen – abgesehen von der Euro-Problematik – verlief die Kompromissbildung in der schwarz-gelben Koalition oft schleppend, zumal seit der Bundesrat eine rot-grüne Blockademehrheit aufweist. Über die Medien ist häufig das Bild von „Streit“ und „Zank“ vermittelt worden. In Wahrheit funktioniert Demokratie nicht ohne zähes Ringen um einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Vielfach hat dies letztlich – von den Medien weniger beachtet - zu ausgewogenen Lösungen geführt. Um hier nur ein Beispiel zu nennen: Die Solarvergütung wurde dieses Jahr zugunsten der Stromkunden einmalig abgesenkt (um bis zu 30 Prozent). Faire Übergangsfristen schützen bereits geplante Solarprojekte.

Ein wichtiger Erfolg ist unsere **Haushaltspolitik**: Die Ausgaben steigen langsamer als die Einnahmen und werden sinnvoll umgeschichtet: So wurde z.B. der Etat für Bildung und Forschung auf 13 Mrd. Euro angehoben (2012). 2006 lag er noch bei 8 Mrd. Euro. Wir haben beste Chancen auf einen ausgeglichenen Haushalt 2014. Natürlich kann man fragen, warum nicht schon jetzt eine Null-Neuverschuldung erreicht wurde. Zu beachten ist aber, dass der Bund nach und nach die Städte und Gemeinden entlastet. So übernimmt der Bund z.B. bei der Grundsicherung im Alter bzw. Erwerbsminderung bis 2014 Kosten von 12 Mrd. Euro.

Gerade mein Themenbereich als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuss war von Differenzen mit der FDP geprägt. Unsere Arbeit bestand v.a. darin, Verschlechterungen zu verhindern. So hatten wir zu kämpfen, dass die Anforderungen an Zuwanderer (v.a. Sprachkenntnisse und Qualifikation), die wir in der großen Koalition (2005-2009) mühevoll angehoben hatten, nicht schon wieder abgesenkt werden. Immerhin haben wir mit der FDP auch einige Fortschritte erreicht, zum Beispiel:

- Einführung der Visa-Warndatei: Erleichterung für den Tourismus nach Deutschland, aber gezielte Verhinderung illegaler Einreise
- Gewaltbereite Rechtsextremisten werden nun in einer zentralen Datei registriert.
- ‚Warnschussarrest‘ von bis zu vier Wochen für straffällig gewordene Jugendliche
- Wer Gewalt gegen Polizei oder Rettungskräfte ausübt, wird härter bestraft.

Die Stimmungslage im Wahljahr 2013 ist kaum vorhersehbar. Deshalb bin ich von einigen aktiven CSU-Mitgliedern gebeten worden, mich entgegen ursprünglicher Überlegungen nochmals zur Wahl zu stellen. In Zeiten der Verunsicherung ist es kein Nachteil, wenn auch ältere Kandidaten mit Erfahrung zusammen mit den Jüngeren die Wahlkampf-Mannschaft unserer Partei bilden. Eine längerfristige Weichenstellung für das Bundestagsmandat sollte bald nach der Wahl gründlich vorbereitet und mit allen Ortsverbänden abgestimmt werden.

Für den schwierigen Wahlkampf im kommenden Jahr stehe ich bereit, Verantwortung für meine politische Arbeit zu übernehmen und für die Fortsetzung der bisherigen CSU-Linie in Berlin zu werben. Dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und um Ihren erneuten Auftrag.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Peter Uhl, MdB